Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 14 | Juni 1976 | 0,70 DM/5 ÖS

Rettet das Leben von Mario Munoz!

Internationale Solidarität mit allen Opfern des reaktionären Terrors in Argentinien und Chile!

International begrüßt von der liberalen Bourgeoisie — und „kritisch unterstützt" von der argentinischen KP — zeigt Videlas reaktionärer Putsch in Argentinien immer klarer sein bluttriefendes Gesicht. Amnesty International schätzt, daß seit dem Putsch zwischen 20000 und 30000 Verhaftungen erfolgten. Die argentinische Regierung hat eine „schwarze Liste" mit Personen zusammengestellt, die nicht von ausländischen Botschaften aufgenommen werden dürfen (Le Monde, 15. Mai 1976). Immer mehr Mitglieder und Anhänger linker Organisationen „verschwinden" — in den todbringenden Kasematten der Polizei oder verschleppt von den AAA-Mörderbanden. Polizei, Krankenhäusern, Leichenhäusern und Massenmedien ist befohlen worden, keine Informationen über politische Morde in Fällen zu veröffentlichen, wo die Opfer als „links" eingeschätzt werden können (New York Times, 2. Mai 1976).

Ausländische politische Flüchtlinge — dem rechten Terror der Regierungen von Bolivien, Brasilien, Chile, Uruguay und anderen Staaten entflohen — sind besonders gefährdet. Edgardo Enriquez, Führer des chilenischen MIR, wurde am 10. April verhaftet und am 27. April der mörderischen chilenischen Junta ausgeliefert. Er wird zur Zeit (nach Le Monde) bei Monte-Maravilla in Chile gefangen gehalten und befindet sich in höchster Lebensgefahr — der Folter und den Mordgelüsten des Militärregimes ausgeliefert. Nur eine breite Kampagne der internationalen Solidarität kann Enriquez aus den blutigen Händen der chilenischen Schergen retten!

Den chilenischen Flüchtlingen ist jede Zuflucht geraubt. UN-Flüchtlingslager sind wiederholt von Polizeirazzien überfallen worden, Flüchtlinge wurden verschleppt oder verhaftet. Es wird berichtet, daß bisher nahezu 1300 Personen an die chilenische Geheimpolizei ausgeliefert wurden.

Schwere Schläge der AAA und der Polizei richteten sich bisher gegen die linksperonistischen Montoneros und die PRT/ERP. Das Ziel der Junta ist es aber, die gesamte Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die argentinischen Gewerkschaften wurden unter militärische Kontrolle gestellt. Die Büros der Gewerkschaften, die in der Vergangenheit militante Kämpfe führten, wurden geschlossen und ihre Arbeit illegalisiert — so die Metallarbeitergewerkschaft (UOM), die Gewerkschaft der Autoarbeiter (SMATA), die Textilarbeiterassoziation (AOT), die Bauarbeitergewerkschaft (UOCRA) und die Presseföderation (*La Opinión,* 27. März 1976). Prozesse gegen viele Führer der peronistischen Gewerkschaften sind im Gange.

Der chilenische Arbeiterführer Mario Muñoz darf nicht sterben!

In besonderer Gefahr befindet sich Genosse Muñoz, ein bekannter Führer der chilenischen Bergarbeiter. Genosse Muñoz arbeitete seit seinem 14. Lebensjahr im Bergbau. Er war Gründer und Führer des Sindicato de Obreros y de Pirquineros de Aconcagua (Bergarbeitergewerkschaft Aconcaguas). Genosse Muñoz gehörte viele Jahre lang der KP Chiles an. Gegen deren Protest führte er Minenbesetzungen durch. Dabei begann er bei den stillgelegten Minen. Die Regierung versuchte mit Gewalt, die Besetzung einer in ausländischen Händen befindlichen Mine zu verhindern. Angesichts der festen Entschlossenheit der Arbeiter mußten die Truppen jedoch abziehen. Unter der Führung des Genossen Muñoz wurden auch Landbesetzungen von den armen Bauern vorgenommen. Wegen des Widerstandes der KP gegen seine revolutionäre Tätigkeit verließ Muñoz diese Partei.

1972 wurde Muñoz Vorsitzender der regionalen Bergarbeiterräte. Er spielte eine führende Rolle bei der Bildung der cordones industriales (der örtlichen Räte) der Arbeiter und armen Bauern von Aconcagua und Valparaiso. Bis kurz

vor dem blutigen Pinochet-Putsch war Muñoz Vorsitzender des Regionalkomitees Nord-Aconcagua der Sozialistischen Partei Chiles. Bei einem Massentreffen von Bergarbeitern mit dem Präsidenten Allende kurz vor dem Putsch sagte Muñoz als Führer der Bergarbeiterräte der Allende-Regierung die bedingungslose Verteidigung durch die Bergarbeiter im Falle eines Putschversuches zu. Zugleich fragte er aber Allende, wie lange er damit fortfahren wolle, die gesamte Last der damaligen Wirtschaftskrise des Landes den Arbeitern aufzubürden.

In seinem argentinischen Exil spielte Muñoz eine hervorragende Rolle bei der Organisierung der Tausenden von Arbeitern und Bauern, die über die Anden flüchteten, um den Greueln in Chile zu entkommen. Das ist das „Verbrechen“, das der argentinischen Militärjunta den Anlaß gab, ihn praktisch zum Tode zu verurteilen!

Wenige Tage nach dem Putsch überfielen dreißig bewaffnete Männer der Staatspolizei das Haus, in dem Muñoz lebte, mit dem Befehl, ihn zu erschießen. Muñoz konnte aber entfliehen; die Polizei mißhandelte jedoch seine Frau und seine Kinder. Seine Gefährtin verweigerte jede Auskunft — auch als die Polizei versuchte, das erst zwei Jahre alte Kind der Mutter zu entreißen, um es als Geisel zu benützen.

Zur Fortsetzung der Jagd auf Mario Muñoz wurde die Provinz San Juan abgeriegelt .Doch noch haben die Schlächter des Videlaregimes den Genossen Muñoz nicht fangen können. Aber nur eine Kampagne der internationalen Solidarität wird das Leben von Muñoz retten können. Dieser Führer des chilenischen Proletariats darf nicht sterben!

Die Kampagne zur Rettung des Lebens von Mario Muñoz hat internationale Unterstützung erfahren. Initiiert vom internationalen Komitee zur Rettung des Lebens von Mario Muñoz, bestehend aus dem in Europa basierten Comité de Defensa de los Prisioneros Obreros y Marinos en Chile und dem Partisan Defense Committee, dem Verteidigungsinstrument der Spartacist League/U.S., ist es der Kampagne gelungen, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Die Forderungen der Kampagne zur Rettung des Lebens von Mario Mu ñoz wurden von Tausenden unterschrieben, tausende Mark wurden international bereits gesammelt, um Genossen Muñoz freizukämpfen. Doch das Erreichte ist nicht genug. Noch immer ist das Leben von Mario Muñoz bedroht.

Die Verteidigungsarbeit kostet sehr viel Geld. Informationsmaterialien müssen hergestellt werden, Ferngespräche mit Unterstützern sind zu führen, Reisen müssen stattfinden. Das Partisan Defense Committee teilte in einem Interview mit *Workers Vanguard* mit, daß bisher längst nicht die benötigten Kosten gedeckt wurden. „Und wir werden vor noch größeren Ausgaben stehen — für Reisen z.B. — wenn die Regierungen, die bisher ein Interesse an Asylgewährung gezeigt haben, helfen, Druck auf die argentinische Junta auszuüben, um Mario Muñoz und seiner Familie sicheres Geleit aus dem Lande zu gewähren“ (*Workers Vanguard* Nr. 109, 14. Mai 1976).

Die Kampagne für Mario Muñoz muß weitergehen. Nehmt Kontakt auf mit dem Komitee zur Rettung des Lebens von Mario Muñoz in Deutschland. Fordert Informationsmaterialien an.

— Unterstützt die Kampagne zur Rettung des Lebens von Mario Muñoz!

— Spendet auf das Solidaritätskonto!

Das ist eine dringende Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung. Alle gefangenen Genossen, die Opfer des reaktionären Terrors in Argentinien und Chile sind, müssen aus den Händen der blutigen Junten von Pinochet und Videla gerissen werden. Die arbeitenden Massen haben in Argentinien eine Niederlage erlitten, die Militärjunta befindet sich in einer Offensive gegen die Arbeiterbewegung, sie beabsichtigt, die Führer des lateinamerikanischen Proletariats physisch zu liquidieren. Doch die entscheidenden Klassenschlachten stehen noch bevor. Die Aufgabe der Revolutionäre — wie wir sie in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 10, September 1975 analysiert haben — bleibt weiterhin der Aufbau der trotzkistischen Avantgardepartei, die die Massen mobilisiert, um die Junta zu stürzen und die Diktatur des Kapitals durch den Staat der Arbeiterklasse abzulösen. ■

Die internationale Verteidigungskampagne zur Rettung von Mario Muñoz gruppiert sich um die Losungen:

— Hände weg von Mario Muñoz!

— Der chilenische Arbeiterführer darf nicht sterben!

— Freiheit für alle Opfer des reaktionären Terrors in Argentinien und Chile!

— Schluß mit der Menschenjagd!

Tausende von Individuen und viele gewerkschaftliche und politische Organisationen in Europa, Nordamerika und Australien haben den Aufruf des Komitees zur Rettung von Mario Muñoz unterzeichnet, darunter:

Europa:

Louis Althusser
Bertrand Russell Peace Foundation (London)
Ernst Bloch
Claude Bourdet
Peter Brandt
Pierre Broué
Carmen Castillo
Chilekomitee Köln
CISNU (Österreichische Föderation)
Alfred Daliinger (Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes)
Helmut Gollwitzer
Daniel Guerin
Paco Ibanez
Dieter Kittner
J.M. Krivine, Ligue Communiste Révolutionnaire (Frankreich)
Pierre Lambert, Organisation Communiste Internationaliste (Frankreich)
Klaus Meschkat
Parti Socialiste Unifié (Frankreich)
Jiri Pelikan (Herausgeber, *Listy)*
Friedrich Prechtl (Vorsitzender der österreichischen Eisenbahnerge werkschaft)
Maxime Rodinson
Jean-Paul Sartre
Laurent Schwartz
Daniel Viglietti
Luis Vitale
Günter Wallraff

Nordamerika und Australien:

Australian Meat Industries Employées Union
Daniel Berrigan Canadian
Labour Congress
Noam Chomsky
Dave Dellinger
Alexander Erlich
Eugene Genovese
Bob Hawke (Präsident des Australischen Gewerkschaftskongresses)
Sidney Lens
Salvador Luria (Nobelpreisträger)
Herbert Marcuse
Militant Solidarity Caucus (National Maritime Union, USA)
Kate Millet James Petras
Seamen's Union of Australia I.F. Stone
Union of Postal Clerks and Telegraphists (Australian) Waterside Workers
Federation of Australia
John Mitchell (International Representative,AmalgamatedMeatcutters and Butcherworkers, USA)
Carl Shier (International Representative, United Automobile Workers, USA)

Unterstützt die Kampagne durch Solidaritätsspenden auf das Postscheckkonto Chr. Pahl, Nr. 27 93 67-109, PSchA Berlin West, Kennwort: Munoz.
Komitee zur Rettung des Lebens von Mario Munoz c/o Chr. Pahl, Fasanenstr. 47, 1 Berlin 15

Die italienische FMR: Zentrismus communis generis

Der Spartacusbund hat gemeinsam mit der italienischen FMR „eine notwendige internationale Initiative“ ergriffen, um eine internationale Diskussion anzuregen. Es dürfte von Interesse sein, Wurzeln und politische Grundlagen des italienischen Blockpartners ins Rampenlicht der interessierten Öffentlichkeit zu ziehen.

Die Geschichte des Trotzkismus in Italien stellt ein klares Beispiel des pabloistischen Debakels in der trotzkistischen Bewegung nach dem Krieg dar. Livio Maitans Führung war maßgebend für die Verschwendung revolutionärer Kräfte: siebzehn Jahren tiefen pabloistischen Entrismus in die Kommunistische Partei folgte die genauso liquidatorische und antiproletarische Wendung zur „neuen Massenavantgarde“. Die Unfähigkeit, in die sozialen Massenerhebungen von 1968/69 einzugreifen, führte zum Verlust so gut wie aller wesentlichen Kader und dem Großteil der Arbeitermitglieder der GCR. Viele unter ihnen zogen die logischen Schlüsse aus der proguevaristischen Ausrichtung des „Vereinigten“ Sekretariats und bildeten den Führungskern von maoistischen oder maoistisch-guevaristischen Gruppen wie Servire il Populo, Avanguardia Communista und Avanguardia Operaia.

Die Fähigkeit dieser Gruppen, Ausdrücke von Militanz links von der KP in ihre Richtung zu lenken, und die Diskreditierung des Trotzkismus in den Händen des möchtegern lateinamerikanischen Guerillakämpfers Maitan haben sowohl den raschen Mitgliedschaftswechsel, der für die GCR (und die meisten VS-Mehrheitsgruppen) charakteristisch ist, als auch Bestrebungen, eine linke Alternative zu diesem pabloistischen Erbe zu suchen, gefördert. So wurden in der Diskussionsperiode, die dem GCR-Kongreß vom August 1975 voranging, fünf verschiedene Tendenzen gebildet. Die Frazzione Marxista Revolutionaria (FMR - Revolutionär-Marxistische Fraktion) ist typisch für solche Versuche, sowohl in ihren konfusen linken Impulsen als auch in ihrer Unfähigkeit, mit dem Pabloismus zugunsten des Weges des revolutionären Marxismus, des Trotzkismus, zu brechen.

Jeder erfolgreiche Versuch, dem als „Vereinigtes“ Sekretariat posierenden verfaulten zentristischen Sumpf zu entkommen, verlangt vor allem die Fähigkeit — und die Bereitschaft — mit der Geschichte der trotzkistischen Bewegung fertig zu werden, insbesondere der organisatorischen Zerstörung der Vierten Internationale durch den pabloistischen Revisionismus. Das gilt ganz besonders für Italien aufgrund von Maitans persönlicher Rolle seit mehr als 25 Jahren und seines virulenten Pabloismus. Während sich die FMR deshalb in viel größerem Ausmaß als Oppositionelle in anderen Ländern (Frankreich, Deutschland, Spanien) und allgemein die „Dritte Tendenz“ mit der Geschichte der Vierten Internationale befaßt, weigert sich ihre Führung, ihre Analyse bis zu ihrem logischen Schluß weiterzuführen. So bezeichnet sich die FMR als ausgeschlossene Fraktion *der* Vierten Internationale und strebt auf der Basis, daß diese reformiert werden kann, die Wiederaufnahme an. Die Zick-Zacks der FMR in der Einschätzung der politischen Geschichte der Vierten Internationale, die sich in ihren deutlich ungelösten Schwankungen über die SWP und das Internationale Komitee widerspiegeln, zeigen sich auch in den entscheidenden programmatischen Fragen der politischen Natur, Funktion und gegenwärtigen Gültigkeit des Übergangsprogramms, der revolutionären Gewerkschaftsarbeit und der Klassennatur sozialdemokratischer Parteien.

Das nach mehr als zwei Jahren konfuser empirischer Opposition gegen die internationale Mehrheit entstandene Dokument der FMR „Die historischen Ursprünge des Zentrismus sui generis“ hätte durch seine korrekte Ausrichtung auf den Pabloismus in der Einschätzung der Nachkriegsgeschichte der Vierten Internationale einen vielversprechenden Bruch mit der früheren Beschränktheit darstellen können. Pablo und Co werden gehörig zur Rede gestellt wegen ihrer „konterrevolutionären Verantwortung“ für:

1) Die Anwendung stalinistischer Methoden zur Zerstörung der trotzkistischen Bewegung, die sich in der Nachkriegsperiode rekonstituiert hatte;

2) das Aufgeben des Aufbaus von Alternativorganisationen zu denen der Stalinisten aufgrund der Illusion, einige von ihnen oder Teile davon reformieren zu können.

Sobald die FMR jedoch diese Position aufgestellt hat, weicht sie vor den Implikationen ihrer Feststellung, daß der Pabloismus „die trotzkistische Bewegung zerstört hat“, zurück. Was folgt, ist ein Irrgarten von widersprüchlichen und sich selbst rechtfertigenden Positionen, die in charakteristischer Weise ungelöst bleiben (sodaß keine klaren organisatorischen Konsequenzen daraus gezogen werden müssen).

So erzählt uns die FMR zunächst, daß Pablo, Frank, Mandel und Maitan verantwortlich sind für:

> „die Zerstörung der Umgruppierung von Trotzkisten, die trotz der Krise der Internationale während des Krieges, trotz theoretischer Fehler und praktischer Unerfahrenheit beschlossen hatten, den Kampf für den Aufbau der Vierten Internationale weiterzuführen“.

Doch die FMR sagt weiter, daß die selben Führer nur dafür verantwortlich waren, einem bereits leblosen Leichnam hinterrücks angefallen zu haben, da nach dem II. Weltkrieg „die revolutionäre Vierte Internationale, gegründet auf den Prinzipien des Trotzkismus, nicht mehr existierte...“ („Die Krise der Vierten Internationale“, September 1975). In „Historische Ursprünge“ erlebt die Vierte Internationale eine zeitweilige Auferstehung nach Art des Vatikans sowie eine politische Transmutation, und Pabloismus wird:

> „ein leuchtendes Beispiel des Zentrismus sui generis, daß heißt, des Zentrismus, der in der trotzkistischen Bewegung nach dem Krieg auftauchte, verstärkt durch die Ausschlüsse 1952-54“.

Nachdem sie höchstens eingefleischte Obskurantisten über die Existenz, Nichtexistenz und den Zentrismus der Vierten Internationale nach dem II. Weltkrieg aufgeklärt hat, schreitet die FMR zur genauso schwierigen Aufgabe, Pablos Rolle in diesem Prozeß zu mystifizieren. Pablos Ausschluß der französischen Sektion und der daraus folgende Bruch der amerikanischen und der britischen Sektion mit ihm werden ursprünglich so gesehen, daß sie „die Erschütterung der trotzkistischen Weltbewegung provoziert“ haben. Die Spaltung

1951—53 wird aber auch so verstanden, daß sie die tatsächliche Zerstörung der Vierten Internationale markiert. Doch wenn die FMR die „Wiedervereinigung“ von 1963 betrachtet, wird die Spaltung plötzlich für die „Verstärkung“ des Zentrismus (sui generis, was sonst) der Internationale verantwortlich gemacht.

Die Vierte Internationale kam aufgrund der nationalen Isolation während des Krieges und des Verlustes von wesentlichen Kadern in der Tat sehr geschwächt aus dem Krieg hervor. Doch wurde sie in der Periode von 1943—46 rekonstituiert (im Gegensatz zur Behauptung der FMR, daß sie „während des Zweiten Weltkrieges zerstört und nie wieder auf revolutionärer Grundlage aufgebaut“ wurde), und es waren Pablos Sieg auf programmatischer Ebene sowie die Ausschlüsse und die Spaltung von 1951—54, die für die organische Zerstörung der Vierten Internationale verantwortlich waren. Welche Schwächen Pablos Hauptgegner — die französische, amerikanische und britische Sektion — auch immer gehabt haben mögen, ihre Bildung des Internationalen Komitees lieferte den Rahmen für die Kontinuität der Vierten Internationale. Daß das IK bei der Durchführung dieser Aufgaben versagte, ändert nichts an der zentralen programmatischen Bedeutung seines Kampfes gegen den Revisionismus von Pablo, Mandel, Maitan und Frank.

Die SWP: zentristisch oder reformistisch?

Trotz ihres Bedürfnisses, mit Maitans Zentrismus zu brechen, ist die FMR nicht fähig oder nicht bereit, mit dem Mythos zu brechen, das „Vereinigte Sekretariat“ *sei* die Vierte Internationale; daher ihre Unfähigkeit, ihren Verdacht, daß die Vierte Internationale tatsächlich zerstört wurde, konsequent aufrechtzuerhalten. Daher die Aussage des Genossen Roberto, des unbestrittenen ideologischen Führers der FMR, daß sie „noch immer für die prinzipienfeste Einheit der Vierten Internationale (dessen, was heute existiert) kämpfen“ (Brief an die iST, 30. April 1975). Logischerweise kann die FMR folglich mit der Geschichte des Internationalen Komitees und insbesondere der SWP nicht fertig werden. So wie die FMR in der italienischen Hochburg Livio Maitans, dem Pabloisten par excellence, existiert, ist es nicht schwer zu verstehen, warum ihr es relativ leicht fällt, die VS-Mehrheit zu kritisieren. Für diese italienische „Fraktion der Vierten“ — wie eigentlich für alle europäischen und lateinamerikanischen Gegner der Mehrheit — liegt der wirkliche Prüfstein für ihre analytische Bereitschaft und Fähigkeit in ihrer Charakterisierung der Minderheit, insbesondere der SWP.

Die FMR weigert sich, eine ernsthafte politische Einschätzung des IK zu liefern, verschanzt sich hinter der leichtfertigen Behauptung, daß das IK nur „in dogmatischer Weise — einige trotzkistische Gemeinplätze wiederholt“ (was mehr ist, als man vom VS behaupten kann!) und fügt hinzu, daß das IK vom Pabloismus „besessen“ gewesen sei. Obwohl die Analogie etwas übertrieben ist: was würde man zu der Behauptung sagen, Trotzki sei vom zentristische Revisionismus z.B. eines Londoner Büros „besessen“ gewesen, oder zu seiner „dogmatischen“ Kritik an der POUM? Die einzige konkrete (und formal korrekte) Kritik der FMR ist, daß das IK keine Internationale war und in Einflußsphären aufgeteilt war. Doch was ist mit dem Programm des IK? Die FMR spricht nur von „Stalinophobie“ (eine Widerspiegelung ihrer eigenen Kapitulation vor dem Stalinismus), von der Lambert-Healy-Spaltung 1971 und dem Fetisch der strategischen Einheitsfront der OCI. Die FMR beschränkt sich auf empirische Beobachtungen und weigert sich, die wesentliche *Programmatik* des IK zu betrachten — die einzige adäquate Basis für eine allgemeine politische Charakterisierung.

Dieselbe Methodologie tritt in der Besprechung der SWP durch die FMR auf. Cannon wird (korrekt) dafür kritisiert, daß er keinen internationalen Fraktionskampf geführt hat und nicht schon vor dem Auftreten der Cochran-Clarke-Fraktion in den USA in Opposition getreten ist. Aber statt einer allgemeinen politischen Einschätzung der SWP finden wir nur objektivistische Aussagen über die „Nachkriegsdeformationen der SWP“ sowie darüber, daß McCarthyismus und Kalter Krieg (kein Wort von Pablo) gemeinsam die SWP ihrer Kader beraubten.

Die Einschätzung der Wiedervereinigung 1963 durch die FMR — von Genosse Roberto als „prinzipienfest“ charakterisiert - enthält implizit die Feststellung, daß die SWP Trägerin des trotzkistischen Programms war, da es ganz bestimmt nicht das Internationale Sekretariat gewesen ist. „Die historischen Ursprünge“ erklären: „die politische Basis für die Wiedervereinigung war die des pabloistischen Zentrismus, soweit dieser der entristischen Politik folgte“. Und das Dokument fügt hinzu:

> „Die SWP... akzeptierte die Verdrängung der stärksten Sektoren des Weltproletariats als zentrale Achse (der Revolution) zugunsten der nationalen Revolution, sie anerkannte in Kuba und Algerien die subjektive treibende Kraft des Prozesses und schrieb ihnen implizit revolutionären Charakter zu.“

Die Revolutionäre Tendenz der SWP, Vorläufer der Spartacist League, wurde 1960 auf der Basis der Opposition gegen die Kapitulation vor dem Castroismus und die Wiedervereinigung, dem organisatorischen Gegenstück zur Liquidation des trotzkistischen Programms zugunsten des pabloistischen Revisionismus durch die SWP, konstituiert. Der zentralen Führung der FMR war wohlbekannt, daß die RT sich gegen die Wiedervereinigung stellte, sie „verabsäumt“ es jedoch, die RT zu erwähnen. Sie weigert sich, irgendwelche grundlegenden Einwände (im Gegensatz zu taktischen) gegen den status quo des VS zu erheben. Nachdem sie die untergetauchten 9/10 des Eisberges untersucht hat, taucht die FMR auf, um zu erkennen, daß das „prinzipienfeste“ 1/10 alles ist, was es gibt:

> „Der Wiedervereinigungskongreß in seiner Gesamtheit trug zur Verstärkung sämtlicher pabloistischer Illusionen und ihrer zentristischen Methodologie bei. Dies bedeutet nicht, daß es nicht hätte getan werden sollen, wir kritisieren nur:
> 1) die politische Basis, die die Wiedervereinigung beherrschte
> 2) die Tatsache, daß andere Komponenten der trotzkisti sehen Bewegung nicht teilnehmen konnten.“

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

Für die FMR basierte die Wiedervereinigung auf der Kapitulation der SWP vor dem Pabloismus; dennoch war sie „prinzipienfest" — eigentlich hätten sich alle anderen (darunter
wahrscheinlich das gesamte IK) auch „vereinigen" sollen. Für eklektische, dilettantische Zentristen ist Einheit, wie ein späterer Bernstein sagen könnte, alles, das trotzkistische Programm nichts. Warum sollte man es deshalb auch nicht zugunsten des Pabloismus über Bord werfen? Die FMR wäre ein erstklassiger Kandidat für einen Zusammenschluß mit jenen Kräften gewesen, die in den 30er Jahren gegen Trotzkis „dogmatische" und „ungenossenschaftliche" Kritik der POUM und des Londoner Büros waren, weil die Bewegung ihre „Einheit" wahren sollte.

Die internationalen Manöver der „Revolutioär- Marxistischen" Fraktion *der* Vierten Internationale sowie ihre Ablehnung eines klaren Bruchs mit dem Pabloismus zugunsten des Programms des revolutionären Trotzkismus erinnern an nichts so sehr als an jene „Trotzkisten", die in jeder entscheidenden Frage gegen Trotzkis Positionen Stellung nahmen. Als „Fraktion der Vierten Internationale" strebt die FMR nach Wiederaufnahme in das Vereinigte Sekretariat von Maitan und Co und hält Verbindungen mit der VS-loyalen Kompaß-Fraktion der deutschen GIM aufrecht. Aber gleichzeitig hat die FMR als „resolut antipabloistisch" versucht, feste Verbindungen mit dem Spartacusbund zu schaffen, einem Gegner des VS in Deutschland, dessen Ursprung in einer linken Abspaltung des VS 1969/70 liegt, mit dem österreichischen MAB-Vorläufer „RMF", dessen zentraler Kern aus VS-Mitgliedern, die im September 1975 ausgeschlossen wurden, besteht, und mit der österreichischen Filiale des Spartacusbundes. Vor kurzem hat dieser Block der britischen Revolutionär Communist Group, einer Abspaltung der International Socialists, Annäherungsversuche gemacht. In Italien haben die prinzipienlosen Manöver der FMR andere Gruppen wie „Permanente Revolution" dazu gebracht, mit ihr zu brechen, selbst wenn sie keine erklärten Differenzen zu ihr haben. Der Weg, den Permanente Revolution eingeschlagen hat, wird entweder zurück zu Maitan oder zur SWP führen oder wie bei der Gruppe „Comitato di Coordinamento" zur Verherrlichung der eigenen Programmlosigkeit. Würdige Nachfolger des Londoner Büros!

Aber Gleichgültigkeit gegenüber theoretischen Fragen fordert ihren Preis: die FMR hat für ihre Weigerung, eine klare Position zur SWP anzunehmen, teuer bezahlt, indem sie ihre Gruppen in Neapel und Turin an die SWP-geführte LTF verlor. „Historische Ursprünge" verurteilt zwar Hansens Forderung nach Bundestruppen nach Boston, nimmt aber zur Natur der SWP keine Stellung. Über diese verächtlichen reformistischen Appelle an die liberale Bourgeoisie kein Urteil zu fällen heißt, daß man nicht bereit ist, Trotzkismus von der degenerierten Sozialdemokratie zu unterscheiden.

Das Übergangsprogramm „bereichern"?

Die Auszüge aus dem „neuen" „internationalen programmatischen Dokument" der FMR, die in ihrem Bulletin abgedruckt sind, scheinen überwältigend orthodox. So stellt der Artikel über das Übergangsprogramm dieses dem Maximal-Minimal-Herangehen der reformistischen Sozialdemokratie gegenüber und präsentiert es als das Programm der Einheit und Unabhängigkeit der Klasse im Kampf für die Diktatur des Proletariats. Zusammen mit der Taktik der Einheitsfront, der kritischen Unterstützung und einer propagandistischen Presse richtet sich das Übergangsprogramm an alle arbeitenden Massen in der Bestrebung, ihren Kampf zu führen.

Dieses „programmatische" Dokument jedoch erledigt die „Krise der Vierten Internationale" so schnell wie möglich, streift die Frage der SWP/LTF, tut das Internationale Komitee mit einigen Worten ab — nach denen Genosse Roberto schnell zur Frage der Kultur übergeht *{Bulletin* Nr. 5, Sonderausgabe über „Kunst und Revolution"). Die Präsentation der FMR hat wie alle ihre Dokumente einen stark abstrakten Charakter, dessen grundlegender Revisionismus sich an Schlüsselstellen inmitten der orthodox scheinenden Formulierungen offenbart. Wenn also das Bestehen auf ein „System von Übergangsforderungen" im allgemeinen eine annehmbare alternative Formulierung für das Übergangsprogramm ist, so zeigt es sich hier nur als eine Verdeckung theoretischer Schwäche. Das „System von Übergangsforderungen" der FMR ist in keiner Weise ein Synonym für das Übergangsprogramm, sondern die „Anerkennung" der „Notwendigkeit", dieses Programm zu „aktualisieren, zu überarbeiten und zu bereichern". Das ist eine klassische revisionistische Ausweichformel; es öffnet den Weg für das vollkommene Aufgeben der wesentlichen Schlußfolgerungen von Trotzkis Übergangsprogramm. Wie eine gewisse Art absolut ungenießbaren „12 Mal bereicherten" amerikanischen Brotes hat es weder Gehalt noch Substanz. Der wahre Inhalt der wohlklingenden Worte der FMR bezüglich des Übergangsprogramms wird von einer der fünf Hauptlosungen der österreichischen Sektion der FMR treffend ausgedrückt: „Für die Rekonstruktion des trotzkistischen Programms!" Aber ein „rekonstruiertes" Programm könnte nur die Basis für eine Fünfte Internationale darstellen.

Die Nachkriegsperiode und insbesondere die Schaffung der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa, China, Kuba und Indochina machen tatsächlich gewisse Zusätze zum Übergangsprogramm notwendig. Doch seine Methodologie und seine wesentlichen Schlußfolgerungen bilden die programmatische Basis für die Intervention in die Kämpfe der arbeitenden Massen und die Plagen, die die Krisen des Kapitalismus in der Epoche seines Todeskampfes mit sich bringt. Die weiter bestehende Gültigkeit des trotzkistischen Programms stellt uns heute vor die Aufgabe, die Vierte Internationale wieder zu errichten!

Die FMR hält im Gegenteil eine solche Haltung für „dogmatisch-sektiererisch". Statt dessen „verteidigt sie nicht formal die Methode des Übergangsprogramms, sondern trachtet, seine tief dialektische und antidogmatische Substanz zu assimilieren". Nachdem sie das harte, kompromißlose granitene Fundament der Vierten Internationale zu einem Haufen Schotter zerschlagen hat, kann die FMR sagen, was sie will: die trotzkistische Vierte Internationale wird auf einem granitenen Fundament wieder errichtet werden, nicht auf einem Schotterhaufen.

Gewerkschaftspraxis

Ein konkretes Beispiel dafür, was ein „System von Übergangslosungen" wirklich für unsere Dialektiker bedeutet, ist der Programmentwurf von 1973 für eine „revolutionäre Gewerkschaftstendenz", der im „Contraprogetto di Documento Politico par la Conferenza Nazionale" enthalten ist. Sein grundlegendes Fundament — Treibsand wäre ein besserer Ausdruck dafür — ist nicht das Übergangsprogramm, sondern „eine Reihe von antikapitalistischen Reformen, die eine Übergangsdynamik zulassen" — ein Übergang zu Übergangslosungen. Befangen in der zentristischen Sorge, die „breitestmögliche Massenavantgarde" zu finden, kann das politische Programm einer von der FMR unterstützten Gewerkschaftstendenz „nicht dasselbe wie das Übergangsprogramm sein... Die Propagierung von Übergangslosungen ist vielleicht in solchen Situationen nützlich, kann aber nicht...

das Zentrum der Intervention sein." Statt dessen schlägt die FMR vor, daß „revolutionäre Marxisten" „die Verständnisebene der Massen, die objektive Situation der Klasse" berücksichtigen und daß sich eine Tendenz „auf fortgeschrittenere, aber konkrete und realisierbare Ziele" orientiert. „Konkret" und „realistisch" — das waren zu allen Zeiten die Parolen der Zentristen.

Dieser Programmentwurf, den die FMR nicht nur nie zurückgenommen, sondern im Gegenteil *ständig bestätigt* hat, steht der zentralen Achse trotzkistischer Gewerkschaftsarbeit, dem Kampf für die revolutionäre Führung der in den Gewerkschaften organisierten fortgeschrittensten Elemente der Klasse, diametral entgegen. Die zentrale Stellung des Übergangsprogramms als Brücke zwischen den verspürten Bedürfnissen der Klasse und der objektiven Notwendigkeit der sozialistischen Revolution bietet der Klasse das Programm für die Sowjetmacht und die Führung, die fähig ist, im Kampf um die Macht voranzuschreiten.

Der Programmentwurf der FMR verschleiert nur schwach den Wunsch, eine Abkürzung zu „Verbindungen mit den Massen" zu finden und so den langen und systematischen Kampf um die Führung der Gewerkschaften zu umgehen. Der Weg, den die FMR zu diesem Zwecke einschlägt, besteht im Aufstellen einer Liste von unmittelbaren Forderungen, die von der Frage der revolutionären Führung und der Arbeiterregierung abgetrennt sind. Die FMR präsentiert vier atomisierte Hauptfragen, die in keiner Weise eine systematische programmatische Basis für eine Gewerkschaftstendenz bilden: „a) unsere Haltung vor dem ansteigenden Kampf... b) die Frage breiter Mobilisierungen der Arbeiterklasse... c) das Hinzufügen von neuen, schärferen Kampfformen... d) Gewerkschaftseinheit". Diese „konkreten" Losungen, teilweise direkt vom Übergangsprogramm abstrahiert, existieren alle getrennt von der Schlüsselfrage, der Vorbereitung der Arbeiterklasse für die Eroberung der Macht. Genauso sicher, wie theoretische Unfähigkeit politische Abweichungen hervorbringt, führt programmatische Leere zu reformistischer Praxis. Die Gewerkschaftsarbeit der FMR soll aus Propaganda und Verbreitung von Informationen bestehen und voraussichtlich „Druck auf die Gewerkschaftsbürokratie ausüben". Druck auf die Bürokratie und ein trügerisches Programm: Das ist in der Tat viel „konkreter" und „bereicherter" als das Übergangsprogramm!

Sozialdemokratie

Sowohl die Neigungen der FMR als auch ihr Bedürfnis nach internationalen Verbindungen führten zur Übernahme der GIM-Kompaß-Position über die SPD und die Sozialdemokratie im allgemeinen. Für GIM-Kompaß wurde die SPD in der Periode nach dem II. Weltkrieg eine rein bürgerliche Partei, wobei die entscheidenden Punkte das Bad Godesberger Programm der SPD von 1959 und ihre Unterstützung der „Notstandsgesetze" 1968 waren („Thesen zur Taktik gegenüber der SPD", 21. September 1974). Doch während das FMR -*Bulletin* (Nr. 3) im Juli 1975 mit der Kompaß-Position, aus der es Auszüge abdruckte, „nur übereinstimmen konnte", bringt die Septemberausgabe (Nr. 4) die grundlegende Deklaration der österreichischen Sektion der FMR, die die Verwandlung der Sozialdemokratie in eine bürgerliche Partei beim I. Weltkrieg ansetzen läßt:

„Seit dem historischen Bruch an der Schwelle des I. Weltkrieges ist die Kontinuität der Sozialdemokratie die Kontinuität einer durch und durch bürgerlichen Partei, die sich von anderen bürgerlichen Parteien nur durch ihre organisatorische Verankerung (über die Partei und die Gewerkschaften) in der Arbeiterklasse von anderen bürgerlichen Parteien unterscheidet" („Deklaration der RMF der Vierten Internationale", 7. September 1975).

Diese Definition bedeutet, daß Trotzkis Aufrufe für Einheitsfronten mit der Sozialdemokratie vor Hitlers Machtergreifung und für taktischen Entrismus in manche sozialdemokratische Parteien Mitte der 30er Jahre prinzipienlose politische und programmatische Blöcke mit bürgerlichen Parteien oder Entrismus (selbst „sui generis") in diese waren. Trotz ihrer Position erklärt jedoch die österreichische RMF auch, daß eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie in „diametralem Gegensatz zu einer Volksfront stehen würde", da sie „die Unabhängigkeit des Proletariats von der Bourgeoisie" betont.

Um diesen Widerspruch in ihren Positionen zu verschleiern, sind Robertos Verbündete gezwungen, eine Reihe von „Ausnahme"-Umständen zu postulieren, angeblich um spezifische Situationen zu berücksichtigen und um nicht „sektiererischen" und „dogmatischen" — sprich trotzkistischen — Positionen zum Opfer zu fallen. In Wirklichkeit sind Roberto und Co auf groben Empirismus beschränkt. So begreifen sowohl Kompaß als auch die Österreicher, daß sie die SPD (bzw. SPÖ) nicht einfach als „bürgerlich" abtun können, sondern sich auf die sozialdemokratischen Parteien als integralen Bestandteil der Gewinnung der Führung der arbeitenden Massen beziehen müssen. So stellt die österreichische RMF die Forderung „Bruch mit den *offen* bürgerlichen Parteien" (Hervorhebung im Original) auf. Während die RMF eine ultralinke Position einnimmt, indem sie die Sozialdemokratie als „bürgerlich durch und durch" abfertigt, kapituliert sie gleichzeitig davor, indem sie nicht zum Bruch mit ihr auffordert. Trotz ihres Leugnens erkennt die RMF indirekt die Natur der sozialdemokratischen Parteien als bürgerliche Arbeiterparteien — nicht „offen" bürgerliche Parteien. Diese Art von Manöver ist typisch für die Kompaß-Tendenz, für die die Beziehung zwischen der SPD und den Gewerkschaften für Deutschland spezifisch ist: „Deutschland ist jedoch eine Ausnahme, die mit Argentinien (Peronisten) verglichen werden sollte" (These 9). Noch einmal behauptet Kompaß, daß die „Entwicklung der SPD von der internationalen Sozialdemokratie abweicht" (These 16).

Jemand, der auf der Suche nach einer prinzipienfesten marxistischen Verallgemeinerung bezüglich der Sozialdemokratie ist, kommt zu dem Schluß, daß die SPD eine „bürgerliche Partei durch und durch" ist, *aber* daß sich dies ändern könnte oder nicht anwendbar sein könnte (These 24); daß Entrismus in die Sozialdemokratie deshalb prinzipienlos ist - außer in Ausnahmefällen (These 22); daß die französische SP möglicherweise eine bürgerliche Partei ist — aber vielleicht auch nicht (These 24). Es sollte bemerkt werden, daß von den oben angeführten Punkten lediglich die Frage des Wählens der SPD in der bruchstückhaften Übersetzung der Kompaß-Thesen, die vom FMR-*Bulletin* publiziert wurde, enthalten ist.

Als unbestrittener ideologischer Meister der FMR hat Genosse Roberto diesen kleinbürgerlichen Empirismus noch weiter getrieben, indem er leugnete, daß die Sozialdemokratie überhaupt allgemein charakterisiert (d.h. marxistisch analysiert) werden kann! Laut einer Abschrift seiner Präsentation beim Treffen der internationalen Dritten Tendenz im November 1974 „löst" dieser Mandel des zweiten Aufgebotes die Probleme des Analysierens der Sozialdemokratie dialektisch, indem er behauptet, daß

> „die Sozialdemokratie nicht mehr als eine Gesamtheit von politischen Parteien und auf der internationalen Ebene nicht mehr als Massenphänomen existiert."

Er ersetzt die Sozialdemokratie mit einer Dialektik, die an den abstraktesten Hegel erinnert:

„Es existiert etwas, das ich einen objektiven Platz für die Sozialdemokratie nenne... es existiert auf Weltebene ein objektiver Platz für die Politik der Sozialdemokratie...

> Aber was wir sagen müssen, ist, daß dieser Platz nicht von der Sozialdemokratie als solcher erfüllt wird, daß dieser Platz in verschiedener Weise erfüllt werden kann."

Genosse Roberto bemerkt ein Loch im Boden und erkennt bei genauer Betrachtung eine Reihe von Wasserstoff-Atomen und eine Reihe von Sauerstoff-Atomen (jeweils zwei der ersteren für einen der letzteren, um genau zu sein), alle in fließender dialektischer Bewegung, zusammen mit einer Menge von nicht dazugehörigen Mineralien, Schmutz etc. — aber Gott behüte, daß er zu dem Schluß käme, er betrachte einen Brunnen mit Wasser! Es könnte ja auch Pepsi-Cola sein!

Roberto unterscheidet fünf Kategorien von Parteien, durch die der sozialdemokratische *Weltgeist* seinen „objektiven Platz" „konkretisiert". Weit davon entfernt, die SPD mit der peronistischen Bewegung zu vergleichen, stuft unser Dialektiker die peronistische Bewegung als „nationale Volkspartei" ein (Kategorie 3), während die SPD zur Kategorie 5 gehört. Für die FMR gehört die SPD zu jenen sozialdemokratischen Parteien, die unter dem Faschismus physisch verschwanden und nach dem II. Weltkrieg „wiedergeboren wurden", als „bürgerliche Partei von Anfang an (d.h. 1945), sie sind bürgerlich, weil sie zu einem Projekt der Bourgeoisie gehören, sie waren nicht Resultat der Auswirkung der Erhebung der Arbeiterklasse". Das ist nicht Marxismus — es ist nicht einmal Hegelianertum, sondern eine deformierte Sartresche Version davon!

Der Unwillen der Führung der FMR und der internationalen „Dritten Tendenz" des VS macht diese Tendenzen insgesamt unfähig, mit dem Zentrismus zu brechen. Wie das Londoner Büro der 30er Jahre — oder eine spätere Version; wie das Organisationskomitee der OCI — erfüllt die FMR durch ihre Ablehnung des „sektiererischen Dogmatismus" des authentischen Trotzkismus, der durch das Übergangsprogramm und organisatorisch allein durch die iST vertreten ist, selbst einen „objektiven Platz" im politischen Spektrum: den einer zentristischen Barriere, ein wenig links vom VS. Wäre die FMR größer und bedeutender, könnte Roberto trachten, ein späterer Pivert zu werden und eine „Revolutionäre Linke" in Opposition zu einem programmatischen Bruch mit dem VS zugunsten der Bolschewiki-Leninisten zu bilden.

Die Umgruppierungen, die gegenwärtig unter verschiedenen zentristischen Gruppen wie der FMR, dem Spartacusbund und Konsorten stattfinden, sind dazu verurteilt, die schmutzige Geschichte früherer Zentristen zu wiederholen. Die internationale Spartacist Tendenz weist solche prinzipienlose Blockbildungen kategorisch zurück, ob nun die politische Basis dafür eine minimale „antiimperialistische" Haltung ist, wie sie die französische OCI und das Organisationskomitee bei ihrer lateinamerikanischen Konferenz im November 1975 vorgeschlagen hat, oder der für Healys Internationales Komitee der Vierten Internationale charakteristische Personenkult. Healys wachsender Größenwahnsinn könnte bald Ausmaße erreichen, die bisher unter vorgeblichen Trotzkisten nur von Juan Posadas erlangt wurden. Das „Vereinigte" Sekretariat von Maitan, Mandel u. Co ist im Begriff, zu ernten, was es gesät hat: aus einem auf opportunistischer Einheitskrämerei (Wir sind Nr. 1, kommt zu uns) basierenden verrotteten Block können nur die anscheinend endlosen Spaltungen und gegenseitigen Beschuldigungen hervorkommen, deren Keime bei der Wiedervereinigung 1963 gesetzt worden waren und die seit 1969 verstärkt aufgetreten sind. Die aufkommende FMR-Spartacusbund-Konglomeration ist nur eine Miniaturausgabe solcher Kartenhäuser

Die Neuschaffung der Vierten Internationale kann nur erfolgreich sein auf der Basis der Umgruppierung von programmatisch homogenen Elementen, die ursprünglich über den harten, prinzipienfesten Kampf gegen existierende vorgeblich revolutionäre Organisationen gewonnen wurden. Alle Schattierungen von Zentristen haben eines gemeinsam: ihre Unfähigkeit, zu sehen, und ihre mangelnde Bereitschaft, anzuerkennen, daß die Frage des Programms die wesentliche ist. Ebenso wie Trotzki einen harten Kampf für die vorrangige Bedeutung des Programms in seinem Kampf für die Schaffung einer homogenen und zentralisierten Linksopposition und der Vierten Internationale in den 30er Jahren führen mußte, bemüht sich heute die iST, einen solchen Kampf zu führen. Wie die iST in ihrer „Erklärung für die Organisierung einer internationalen trotzkistischen Tendenz" (Juli 1974) erklärte:

> „Der Kampf um den Wiederaufbau der Vierten Internationale dürfte schwierig, langwierig und vor allem ungleichmäßig sein. Doch steht er als unerläßliche und zentrale Aufgabe vor denen, die die Arbeitermacht erringen und der Menschheit den Weg zum Sozialismus freikämpfen wollen." ■

Der allgemeine Enthusiasmus der Neuen Linken über Kuba hat sich verloren. Im vorgeblich trotzkistischen „Lager“ gibt es aber weiterhin Kräfte, die in Fidel Castro einen heimlichen Trotzkisten zu erkennen glauben, die trotz aller Realität dreist behaupten, die kubanische Führung erwecke wegen ihres unbürokratischen Stils und ihrer internationalen Orientierung den Unmut der parisitären Bürokratien in den anderen Arbeiterstaaten.

Der unverbesserliche Livio Maitan, ein Führer des „ Vereinigten“ Sekretariats, dessen deutsche Sektion die GIM ist, hat jüngst in der inprekorr (Nr. 54, 25. März 1976) den ersten Kongreß der KP Kubas gefeiert. Er hat erneut die pabloistische Grundtendenz dieser Pseudotrotzkisten ausgeplaudert: Kapitulation vor dem Stalinismus. Von Fidel Castro behauptet Maitan:

> *„er hat hier (auf dem Kongreß, d. Red.) den permanenten Charakter der Revolution unterstrichen, ohne Konzessionen an die These der Revolution in Etappen, in welcher Form sie auch immer auftreten mag. Gleichzeitig hat Castro den kubanischen revolutionären Prozeß in seinen wirklichen sozio-politischen Kontext gestellt und damit den falschen oder einseitigen Interpretationen... den Gnadenstoß versetzt. „*

Erster KP-Kongreß in Kuba



Die kubanische Führung vertritt nach Ansicht Maitans - und er ist nicht irgendwer, sondern gehört zum engsten Führungskern der Mehrheit des VS neben Mandel und Frank - unbeirrbar die „Interessen der Arbeiterklasse und die Perspektive des revolutionären Kampfes fur den Sozialismus“! Seine vom Revisionismus gezeichnete Analyse hatte Maitan schon anläßlich des 10. Weltkongresses des VS vorgelegt („Problems of the Cuban Workers State“, in: Intercontinental Press, März 1976):

Kuba wird von den anderen Arbeiterstaaten qualitativ abgehoben. Kuba sei ohne bürokratische Deformationen als mehr oder weniger gesunder Arbeiterstaat entstanden und sei später auch keiner bürokratischen Degeneration unterworfen. In Kuba sei keine politische Revolution zum Sturze einer herrschenden Kaste noch eine trotzkistischePartei zur Führung dieses Kampfes erforderlich.

Theoretisch negiert Maitan das trotzkistische Verständnis des Thermidor im Arbeiterstaat, d.h. der politischen Konterrevolution, der Machtusurpation durch eine parasitäre Bürokratenkaste, der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse auf der Basis ihrer sozialen Klassenherrschaft. Vielmehr kommt dieser Revisionismus zur Vorstellung eines „Prozesses der bürokratischen Degeneration“, in dem „der qualitative Sprung nicht so klar benannt werden“ könne! Dieser „Prozeß „ umfasse gleichzeitig „ Tendenzen und Initiativen „ bei der Führung, welche „die revolutionäre Demokratie und den Kampf gegen bürokratische Methoden und Konzeptionen fördern können“; solche Tendenzen und Initiativen gelte es zu unterstützen und die soziale und politische Herrschaft der Arbeiterklasse werde so gesichert.

16 Jahre stalinistischer

Im programmatischen Kampf gegen diesen Revisionismus, der die Grundlage der „Wiedervereinigung“ des damaligen pabloistischen IS und Teilen des IK (vor allem der amerikanischen SWP) zum „ Vereinigten „ Sekretariat bildete, entstand 1961 die Revolutionary Tendency (RT) in der SWP. Die RT - Vorläufer der SL/US und damit der internationalen Spartacist Tendenz — war international die einzige Kraft, die die Konzeption der permanenten Revolution, die Hegemonie des Proletariats in der Revolution und die Notwendigkeit der trotzkistischen Partei als proletarische Avantgarde gegen den Revisionismus verteidigte. Dieser Kampf hat die historische Kontinuität des Trotzkismus gewahrt und der heute für die Wiedergeburt der Vierten Internationale einstehenden internationalen Spartacist Tendenz ihr programmatisches Erbe vermittelt.

Diese revolutionäre Kontinuität zu leugnen oder zu ignorieren, ist das kleinliche Werk eklektischer Zentristen, die von den Brosamen des Marxismus zu leben versuchen. Es ist eine bewußte Lüge, wenn die an anderer Stelle dieser Kommunistischen Korrespondenz ausführlich charakterisierte italienische FMR schreibt,

> *„daß keine Strömung der Internationale gegen den Zentrismus der Führung, gegen deren Nachtrabpolitik gegenüber dem Castrismus, gegen deren Aufgabe der leninistischen und trotzkistischen Prinzipien und somit gegen den Vorschlag, der nach 1963 formuliert worden war, mit allen theoretischen und politischen Mitteln auf die fidelis tische Führung Druck auszuüben, um von ihr die politische Anerkennung zu erlangen, die die Massenbewegungen der Internationale verweigerten“, aufgetreten ist („Die historischen Wurzeln des Zentrismus suigeneris“).*

Es ist bodenloses Ignorantentum, wenn der Spartacusbund den programmatischen Kampf der RT in der SWP entstellt charakterisiert

> *„als die soundsovielte Aufzählung der ‚Geschichten aus der Vierten Internationale', denen man die ‚orthodoxen Positionen', gestützt auf die Autorität zahlreicher Trotzki- Zitate, entgegenhält“ (Sonderausgabe von Ergebnisse & Perspektiven Nr. 1, Januar 1976).*

Mit dieser Feststellung greift der Spartacusbund den programmatischen Resolutionsantrag der RT an, den diese der SWP-Konferenz von 1963 vorgelegt hatte, und damit sich weltweit als einzige Kraft profilierte, die gegen die prinzipienlose Wiedervereinigung 1963 kämpfte (nachgedruckt als , „ Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale“ in: Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 1, Frühling 1974).

Die von uns beanspruchte revolutionäre Kontinuität der Verteidigung des trotzkistischen Programms ist dokumentarisch belegt; es gehört zur Tradition der Revolutionäre, ihre Geschichte als politische Erfahrung in die aktuellen Kämpfe einzubringen. Wir verweisen alle unsere Leser auf die Doku-

Herrschaft in Kuba

mente zur Kuba-Frage im Marxist Bulletin Nr. 8 „Cuba and Marxist Theory“. In KK 14 und 15 publizieren wir zwei Artikel aus Workers Vanguard, der Wochenzeitung unserer amerikanische Sektion, die unsere marxistische Position in einer aktuelleren polemischen Konfrontation darstellen

Teil 1

„Brieftauben flogen heute aus fernen Dörfern in der Sierra Maestra los, um frühzeitig anläßlich Kubas erster Nationalwahl seit Fidel Castros Machtergreifung im Jahre 1959 zurück zu sein“, berichtete die *New York Times* am 16. Februar. Bei der Abstimmung über die neue „sozialistische Verfassung“ waren bei der Endauszählung 97,7% dafür und 1% dagegen bei einer Wahlbeteiligung von ca. 5,6 Millionen Menschen über dem 16. Lebensjahr.

Dieses erste nationale Plebiszit erfolgte nur wenige Wochen nach dem ersten Kongreß der Kubanischen Kommunistischen Partei (PCC), der im Dezember letzten Jahres abgehalten worden war. Nach 12 Monaten der Vorbereitung (1975 wurde zum „Jahr des Ersten Kongresses“ erklärt) und unter lauten Fanfarenklängen fand die Konferenz im Karl-Marx-Theater in Havana mit einer Besetzung von Tausenden Delegierten und ausländischen Würdenträgern statt.

Die sorgsam arrangierte Sechs-Tage-Konferenz, ein Meister stück politischer Sterilität, hörte sich einen siebenstündigen Bericht von Fidel Castro an; es folgten Reden, in denen die „geniale Fähigkeit“ des „jefe maximo“, „die historische Notwendigkeit zu interpretieren und ihr Ausdruck zu verleihen“, gelobt wurde (*Granma,* 25. Januar). In einem Kommentar, in dem Castro erklärte, warum der Kongreß nicht schon früher abgehalten wurde, bemerkte er mit einer bürokratischen Arroganz, die sogar zynische stalinistische Schreiberlinge erröten ließe: „Wir sind in der glücklichen Lage, ihn jetzt abhalten zu können. Wirklich glücklich! So wird die Qualität des Kongresses durch 17 Jahre Erfahrung bestätigt!“

Trotz all der Worte wie „sozialistische Demokratie“ stellt dieser allererste PCC-Kongreß sicher keinen Bruch mit dem unberechenbaren stalinistischen Regime dar, das die Insel seit der Entstehung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaates im Herbst/Winter 1960 regiert hat. Aber seine Bedeutung liegt darin, daß er den Versuch der kleinen herrschenden Castro-Clique darstellt, den Regierungs- und Parteiapparat auf eine solidere und breitere Grundlage zu stellen. Dieser Schritt kam einer kosmetischen Operation für das Regime gleich und erstreckte sich sogar auf das persönliche Äußere seiner Führer. Auf dem Kongreß trugen beide Castro-Brüder maßgeschneiderte Offiziersuniformen mit Epauletten (Kampfanzüge sind hier nicht am Platze!).

Ein gleichgeschalteter Kongreß

Das Hauptthema des Kongresses war „der Prozeß der Institutionalisierung und der Aufbau des Landes“. Bis jetzt wurden praktisch alle Entscheidungen entweder von Castro selbst oder von einem kleinen Kreis von engen Mitarbeitern getroffen. Castros Bericht enthielt einen langen Absatz unter dem Titel „begangene Fehler“, in dem zugegeben wurde, daß es in Kubas Partei und Staat nicht einmal den äußeren Anschein demokratischer Beschlußfassungen gab:

„Jahrelang wurden die Aktivitäten der Partei vom Organisationssekretariat angeleitet. Das Politische Büro funktionierte als die höchste Autorität der Partei, in der Praxis übte jedoch das Zentralkomitee seine Funktionen nicht aus. Hinzu kommt, daß das Politbüro, das sich aus Genossen zusammensetzt, die zahlreiche Staatsfunktionen innehaben, über die wichtigsten politischen Fragen beriet, es aber keine streng systematische Arbeit in der Führung von Partei und Staat gab“ (*Granma,* 4. Januar 1976).

Castros Schlußfolgerung schlug sich im Vorschlag einer neuen Verfassung nieder, die sich auf „Repräsentativorgane des proletarischen Staates — die Nationalversammlung und die Provinz- und Gemeindeversammlungen der Volksmacht —“ stützen sollen.

In seinem Bericht vor dem PCC-Kongreß begründete Castro die Notwendigkeit, das Grundgesetz aus dem Jahre 1940 zu ersetzen, mit dem „fortwährenden Widerspruch zwischen einem tiefgehenden revolutionären Prozeß und den Formulierungen einer bürgerlichen Verfassung“. Er begrüßte das neue Dokument als „einen beispielhaften Text sozialistischer Demokratie“ und „einen Text, der des ersten sozialistischen ' Staates der Arbeiter und Bauern, der Hand- und Kopfarbeiter in ganz Amerika würdig ist, in dem Souveränität und Macht tatsächlich in den Händen des arbeitenden Volkes liegen...“ (*Granma, 4.* Januar 1976).

Die Verfassung von 1976 legt das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln fest, eine historische Eroberung der Arbeiterklasse. Sie garantiert dem kubanischen Volk außerdem bestimmte Rechte, wie z.B. freie medizinische Versorgung und Erziehung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bezahlten Mutterschaftsurlaub und Erholung, Sozialversicherung sowie das Wahlrecht, das Recht auf Arbeit und volle soziale Gleichheit.

Aber trotz all des Geredes von Wahlen und „Organen der Volksmacht“ ist die „sozialistische Verfassung“ weit von der Arbeiterdemokratie entfernt. Sie erhebt nicht nur das politische Monopol der Kommunistischen Partei zum Gesetz (als der „führenden Kraft von Staat und Gesellschaft“), sondern auch die Orientierung der Außenpolitik des Castro-Regimes auf den Kreml („brüderliche Freundschaft, Hilfe und Kooperation mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern“).

Tatsächlich ähnelt Kubas neue „sozialistische Verfassung“ nichts so sehr wie der Stalinschen Verfassung von 1936, die in betrügerischer Weise den Beginn des Sozialismus und das Verschwinden der Klassen in der Sowjetunion proklamierte. Dieses Dokument teilte nicht nur die Stimmabgabe einer atomisierten Bevölkerung territorial auf anstelle der um den Arbeitsplatz organisierten Sowjetdemokratie, es legte obendrein die politische Expropriation der Arbeiterklasse gesetzlich fest (durch Bezug auf die „führende Rolle“ der Kommunistischen Partei — KPdSU —, damals bereits nur noch ein Sprachrohr für die herrschende Bürokratie).

Der „Große Führer der Völker“ ließ die Bevölkerung nicht seine Verfassung billigen (geschweige denn darüber entscheiden), aber in den Wahlen zum „Obersten Sowjet“ der UdSSR von 1937 stimmten 98,6% der reglementierten Wähler ordnungsgemäß für die Kandidaten der Kommunistischen Partei (Stalin, „Bericht an den 18. Kongreß der KPdSU“, März 1939). Wenn Castro nur 97,7% für seine Übung in „sozialistischer Demokratie“ erhielt, können wir nur annehmen, daß einige Brieftauben in der Sierra Maestra verlorengingen!

Im übrigen nahm der Kongreß eine Parteiplattform und Statuten an und stimmte für zahlreiche Resolutionen, die jeden Bereich des sozialen und politischen Lebens erfassen, alles ohne ein Wort von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten oder Kritik. Castro wurde natürlich zum ersten Sekretär der PCC „wiedergewählt“ und sein Bruder, Raul, jetzt

selbstbeförderter Generalleutnant, wurde mit dem Posten des zweiten Sekretärs ausgezeichnet.

Matanzas: Eine Farce auf die Arbeiterdemokratie

Um einen Test für das Funktionieren der „Volksmacht“ zu machen, führte die kubanische Bürokratie mit den Wahlen zu den Distrikt-, Regional- und Provinzversammlungen Mitte 1974 ein „Experiment“ in der Provinz von Matanzas durch. Das *Wall Street Journal {*4. Dezember 1974) zitierte Ramon Castro, Fidels älteren Bruder (und ranghohes Mitglied der Verwaltung von Havana), der über die Matanzas- Abstimmung gesagt haben soll: „Jetzt legen wir die Regierungsgewalt in die Hände des Volkes, die es haben sollte.“

Um einen Anschein von „Basisdemokratie“ zu erwecken, war eine Auswahl zwischen verschiedenen Kandidaten gestattet — mit 4 712 Personen, die für 1 114 Positionen in der Provinzversammlung kandidierten. Alle Einwohner, die 16 Jahre oder älter waren, durften wählen mit Ausnahme von Strafgefangenen, Antragstellern für eine Auswanderung und Kandidaten bei den „Wahlen“ der Batista-Diktatur von 1958. Obendrein konnten Kandidaten von den Wahlen ausgeschlossen werden, wenn sie politische, militärische, Polizei- oder Gewerkschaftsbeamte in der letzten Batista-Regierung waren, oder falls sie „wegen Nichterfüllung militärischer Pflichten und Mißachtung nationaler Embleme bestraft waren“ (*Cuba Review,* Dezember 1974).

Von Nahem betrachtet enthüllt sich der höchst farcenhafte Charakter dieses „Experiments“ und wie weit es von wirklicher proletarischer Demokratie entfernt ist. Abgesehen von solchen formal-demokratischen Merkmalen wie einer Vielfalt von Kandidaten, dem Recht auf Abberufung und Mehrheitswahl wurden in Wirklichkeit alle Kandidaten von der Wahlkommission der PCC peinlichst überprüft. Vor allem durften sich keine anderen Arbeiterparteien, die die sozialen und ökonomischen Errungenschaften der kubanischen Revolution gegen den Imperialismus und die Konterrevolution verteidigen, in Opposition zu den Kandidaten der stalinistischen Bürokratie zur Wahl stellen.

So „erhält der Nominierte die Möglichkeit, seine Kandidatur zurückzuziehen, falls irgendeine negative Information über seine Person bekannt wird“, zitiert nach *CubaReview.* „Bei denen, die es vorzogen, im Rennen zu bleiben, ist die Information in ihren Biographien enthalten“, die zusammen mit ihren Photos öffentlich ausgestellt wurden. Da kein Geld für die Kampagne aufgewendet werden konnte, wurden die Kandidaten allein auf der Grundlage dieser Biographien gewählt, wobei viele Wähler offensichtlich von der Annahme ausgingen, daß diejenigen, die in der Vergangenheit die meisten Posten innehatten, auch die Qualifiziertesten seien.

Bei den Wahlen für die Besetzung der Schlüsselpositionen des Exekutivkomitees, dem hauptamtlichen Exekutiv-Verwaltungsarm der Versammlungen, wurde ein noch restriktiverer Auswahlprozeß angewandt. In diesem Fall brauchten die Nominierten noch nicht einmal gewählte Delegierte zu sein! Darüberhinaus mußten die Wahllisten, so wie sie von der Wahlkommission der PCC aufgestellt waren, angenommen oder abgelehnt werden (neue Kandidaten konnten nicht hinzugefügt werden); im Falle einer Ablehnung stellt die Kommission einfach eine neue Wahlliste auf. Deshalb ist es auch nicht überraschend, daß 75% der gewählten Delegierten zur Provinzversammlung entweder Mitglieder der Kommunistischen Partei oder des Bundes Junger Kommunisten (UJC) waren.

Ein Fünf-Jahres-Plan für Kuba

Bei der Ankündigung der Wahlen von Matanzas hat Kubas stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister,

Raúl Castro, sie mit dem Kampf gegen den Bürokratismus verbunden: „Wir sind davon überzeugt, daß in dem Maße, wie die Massen an den Staatsgeschäften teilnehmen, der Kampf gegen alle Formen des Bürokratismus wirksamer sein wird, die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Gemeinschaft besser befriedigt werden und der revolutionäre Staat stärker, demokratischer und gefestigter sein wird“ (zitiert in *Intercontinental Press,* 22. Juli 1974). In ähnlicher Weise betonte der kürzlich abgehaltene Kongreß der PCC, der die neue Verfassung gebilligt hat, besonders die Anstrengungen in der Überwindung der irrationalen Momente der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation — oder um genauer zu sein, Desorganisation — Kubas.

Castro stellte in seinem Bericht fest, daß in der Vergangenheit „die angewandten Methoden der Wirtschaftsleitung nicht die bestmöglichen waren. Im allgemeinen haben unsere Verwaltungskader nicht das nötige wirtschaftliche Bewußtsein, nicht die erforderliche Sorge um Angelegenheiten, die die Kosten und die Produktivität im allgemeinen betreffen.“ Aber damit kratzt Castro nur ein wenig am Lack.

In dem Bericht wurde festgestellt, daß die staatlichen Wirtschaftsausgaben in den ersten Jahren von einem rudimentären Haushaltsfinanzierungssystem beherrscht wurden (eingerichtet von Ernesto „Che“ Guevara), das darauf abzielte, die Ausgaben wiedereinzubringen und die Kontrolle der Verwaltung zu zentralisieren. Angesichts der Unzulänglichkeiten in der Kontrolle der Kosten, besonders in der Landwirtschaft, führten die kubanischen Führer 1967 „ein neues System der Wirtschaftsberichte ein, dem die Abschaffung aller Warenformen sowie aller Forderungen und Zahlungen zwischen den Einheiten des staatlichen Sektors vorangeht“!

Durch die Beseitigung der gesamten Buchführung im staatlichen Sektor — und indem man sich ausschließlich auf die Ausstoßquoten an Gebrauchswaren verließ - war voraussagbar, daß die Manager nur die gröbsten Vergleiche zwischen den verschiedenen alternativen Projekten vornehmen konnten. Derweil war die gesamte Wirtschaft auf Castros Lieblingsprojekte ausgerichtet: zuerst wilde Diversifikation ohne entsprechendes technisches Wissen oder Hilfsquellen, die zur Unterstützung dienen konnten; dann eine mit allergröß

ter Energie betriebene Kampagne zur Erhöhung der Zuckerproduktion Ende der 60er Jahre. Diese erreichte ihren Höhepunkt mit dem berühmten Fiasko der „10-Millionen-Tonnen-Ernte“ an Rohrzucker 1970, die in Wirklichkeit nur 8 Millionen Tonnen hervorbrachte — ein enormes Defizit von 15%. Die gesamte Wirtschaft war aus dem Geleise gebracht, da praktisch alle Arbeitskräfte für die Ernte auf Kosten der gesamten übrigen Produktion mobilisiert waren.

Diese Katastrophe — und ein Tritt in den Hintern von den Russen — ernüchterte schließlich die kubanische Führung, woraufhin sie sich entschloß, die gegenwärtigen Arbeitsverfahren der sowjetischen Wirtschaftsplanung und -leitung nachzuahmen. Das Jahr 1971 wurde symbolisch zum „Jahr der Produktivität“ erklärt und man begann, großzügigen Gebrauch von materiellen Anreizen zu machen, indem rare Konsumgüter (Fernsehapparate, Kühlschränke, Waschmaschinen, Fahrräder, Uhren, usw.) an die produktivsten Arbeiter verteilt wurden. Dies soll jetzt vervollständigt werden durch di< Annahme von Kubas erstem Fünf-Jahres-Plan, dem „Ökonomischen Leitungssystem“.

Der Plan bedeutet einen beträchtlichen Schritt vorwärts gegenüber der eigenwilligen Irrationalität, die Castros Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit charakterisiert hat. Ein Drittel der Investition ist für die Industrie vorbehalten; die Zuckerproduktion soll von den jetzigen 5,5 Millionen Tonnen auf 8 Millionen Tonnen jährlich bis zum Jahre 1980 steigen. Aber der fundamental bürokratische Charakter der Refo zeigte sich in dem für Castro typischen Kommentar, daß die erste Bedingung für einen Erfolg darin bestünde, daß die Partei- und Staatsführer „seine Durchführung als eine Sache des persönlichen Interesses und der Ehre betrachten sollten“!

Verglichen mit einem Nicht-System, wo Projekte je nach Lust und Laune eines einzelnen Führers ausgewählt und fallengelassen wurden, wird die Annahme des „russischen Modells“ zweifellos Verbesserungen in der Wirtschaft zur Folge haben. Doch das neue System wird weit davon entfernt sein eine rationale Planwirtschaft zu sein; denn es basiert immer noch auf dem Ausschluß der Arbeiterklasse von den grundlegenden politischen Entscheidungen, die für den Plan und seine Durchführung maßgebend sind.

Nicht bürokratische „Ehre“, sondern Arbeiterdemokratie!

Castro beschwört periodisch Vorstellungen von „Arbeitermitbestimmung“ im Staatsapparat und erteilt den Bürokraten rhetorische Peitschenhiebe, wenn wieder eine Katastrophe eintritt. So hat er nach der Zuckermißernte 1970 in einer Rede an die alljährliche Demonstration zum 26. Juli die Errichtung von Arbeiterkomitees vorgeschlagen, die die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen an die Verbraucher regulieren sollten, und eine Art von Arbeitervertretung im Management gefordert. Die neuen „Organe der Volksmacht“ werden ebenfalls als Mittel ausgegeben, um die „Beteiligung der Massen an Angelegenheiten des Staates und der Verwaltung“ zu erhöhen. Doch die Schlüsselfrage ist nicht „Mitbestimmung“, sondern politische Macht, die Castro (natürlich) in den Händen der Bürokratie beläßt, indem er alles daran setzt, diese zu *festigen.*

Als Antwort auf die Matanzas-Wahlen schrieb die vorgeblich trotzkistische Socialist Workers Party (SWP) in einem Kommentar, daß Vertrauen in den „Beschlußfassungsapparat“, der typisch ist für die „gegenwärtigen Praktiken in der Sowjetunion, ...nur die Anfälligkeit der Partei für bürokratische Einflüsse erhöht...“ „Die kubanischen revolutionären Führer sollten sich als erste“ dieser Gefahren „bewußt sein“, fügte sie hinzu *{IntercontinentalPress,* 22. Juli 1974). Diese Schlußfolgerung wird begleitet von einer Beschreibung der Organisation der Rätemacht unter Lenin in den frühen Jahren der Revolution und dem freundlichen Vorschlag an Castro, dieses Modell doch zu übernehmen.

Der SWP-Artikel enthält einen Untertitel „Keine Analyse des Stalinismus“, der sich auf Castro und die kubanischen „revolutionären Führer“ bezieht. Er paßt jedoch besser für die SWP! Die kubanische Führung ist sich der Konsequenzen des von ihr gewählten Modells vollauf bewußt; denn die Einrichtung wirklicher Arbeiterdemokratie durch souveräne Räteorgane würde ihre eigene privilegierte Stellung und bonapartistische Herrschaft zerstören. Dafür gibt es keine bessere Illustration als die Tatsache, daß Castro keinen anderen als Blas Roca auswählte, einen langjährigen eingefleischten Bürokraten, der die Moskau-Stalinisten von 1934 bis in die späten 50er Jahre führte (als sie Castros Guerillakampf in der Sierra Maestra boykottierten), um die „versuchsweisen“ Wahlen durchzuführen und die Kandidaten in Matanzas zu durchleuchten! Was nötig ist, ist nicht der freundliche Rat der SWP, sondern eine politische Revolution der Arbeiter, die die Bürokratie zerschlägt und sie durch die Räteherrschaft ersetzt!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 100, 12. März 1976

Politische Verteidigung: „Demokratische"- oder Klassenfrage?

In der neuesten Nummer seines Zentralorgans (*Spartaeus* Nr. 28, Juni 1976) druckt der Spartacusbund einen von der TLD verbreiteten Aufruf „zur Rettung des Lebens von Mario Munoz" (eines chilenischen Bergarbeiterführers) nach und erklärt seine Unterstützung für diese Kampagne. Diese Unterstützung hat aber bisher einen reichlich platonischen Charakter behalten. Kontaktadresse und Spendenkonto der Kampagne wurden nicht nachgedruckt. Unseres Wissens hat der Spartacusbund bisher keinen Pfennig und keine einzige Unterschrift für diese Kampagne gesammelt, die international von der internationalen Spartacist Tendenz und dem in Europa basierten Comité de Defensa de los Prisioneros Obreres y Marionos en Chile initiiert wurde.

Gleichzeitig mit dieser unverbindlichen Unterstützungserklärung brachte der Spartacusbund seine Opposition gegen eine der Forderungen der Kampagne zum Ausdruck: „Freiheit für alle Gefangenen der Arbeiterbewegung in Argentinien und Chile". Der Spartacusbund ersetzte diese Parole mit seiner eigenen demokratistischen Losung: „Freiheit für alle politischen Gefangenen".

„Mit der Forderung .Freiheit für alle politischen Gefangenen' richten wir uns gegen jede politische Unterdrückung der Bourgeoisie. (Jede? ?) Genausowenig wie die Kommunisten nicht nur .Versammlungsfreiheit für die Arbeiterbewegung' fordern...müssen sie auch allgemein der Bourgeoisie das Recht absprechen, politische Gegner gefangenzuhalten" (*Spartacus* Nr. 28). Das heißt:"Freiheit für politische Gefangene" ist eine demokratische Forderung, qualitativ gleich der Forderung nach Versammlungsfreiheit. Dieser Argumentationsgang enthält einen Trugschluß. *Gesinnungsfreiheit* oder *Vereinsfreiheit* sind bürgerlich-demokratische Parolen, vergleichbar mit Versammlungsfreiheit, die selbstverständlich gegen die Bourgeoisie verteidigt werden, da sie mehr Spielraum für das Proletariat unter der Diktatur der Bourgeoisie bieten. Wir sind selbstverständlich gegen jedes bürgerliche Gesetz, das das Bekenntnis oder die Mitgliedschaft in politischen Organisationen per se strafbar macht. (Wie der Spartacusbund sogar richtig vermerkt, müssen faschistische Versammlungen und faschistische Organisationen durch die geballte Faust der Arbeiterbewegung zerschlagen werden.)

Aber wir verteidigen nicht „Gesinnungsverbrecher" im Sinne des Spartacusbundes. Wir kämpfen (wie die Kommunistische Internationale unter Lenin und Trotzki) für rote Terroristen wie Max Holz; wir kämpfen für die Befreiung von gefangenen Guerilleros, Tupamaros usw. Wir kämpfen für die Befreiung der Genossen der RAF. Der Kampf um die Befreiung dieser und anderer Gefangener der Linken und Ar-

---

Schluß mit der Vernichtungsfolter! Freiheit für die gefangenen Genossen der RAF!

Mit dem Tod von Ulrike Meinhof ist nach Holger Meins nun ein zweites Mitglied der RAF Opfer des bürgerlichen Staatsapparates, seiner Klassenjustiz und der barbarischen Haftbedingungen geworden. Nur eine von den RAF-Verteidigern geforderte unmittelbar eingesetzte Kontrollkommission hätte mehr Aufschluß über die Hintergründe der Erhängung von Ulrike Meinhof erbringen können. Inzwischen würde eine solche Kommission kaum noch Beweismittel liefern können. Dennoch muß diese Forderung bestehen bleiben, um die unmenschlichen Haftbedingungen erneut anklagen zu können! Mord war der Tod von Ulrike Meinhof in jedem Fall! Die Isolationshaft der RAF-Genossen ist auf die Zerstörung ihrer Persönlichkeit und auf die Vernichtung ihrer Identität als Klassenkämpfer angelegt. Jedem, der verstehen will, muß klar sein, welch eine Farce der Prozeß gegen die RAF ist. Ihre Rechtlosigkeit und die „Rechtmäßigkeit" der > Klassenjustiz sind offensichtlich. Die Leiche der Genossin Meinhof wird noch mit Füßen getreten. Die Staatsanwälte scheuen sich nicht, den Tod mit „Spannungen" in der RAF zu erklären. Sie wollen das letzte Mittel, das die Genossen der RAF aufrecht erhalten kann, ihre Solidarität, zerstören. Justizminister Bender seinerseits jedoch „behält sich Schritte vor", wenn weiterhin „eine durch nichts begründete Diffamierung" der Justiz betrieben würde. Das Recht steht auf der Seite der Herrschenden. Die Herren, die heute den bürgerlichen „Rechtsstaat" verteidigen, sind es, die vor ein Gericht gestellt gehören, vor das revolutionäre Gericht einer Arbeiterregierung. Der Tod von Ulrike Meinhof und Holger Meins wird einer der vielen Anklagepunkte sein, wenn sich diese Herren zu verantworten haben.

Der Weg, den die Genossin Meinhof im Klassenkampf eingeschlagen hatte, war ein falscher, ein nicht revolutionärer Weg. Es ist notwendig, weiterhin in der Arbeiterbewegung eine harte Diskussion über die Anwendung militärischer Gewalt als Strategie und Taktik zu führen. Doch es ist die Pflicht aller Bestandteile der Arbeiterbewegung, die Ehre der Genossin Meinhof, die dem bürgerlichen Staat unversöhnlich gegenüberstand, und die gefangenen Genossen der RAF vor den Zugriffen des bürgerlichen Staates zu verteidigen. Der Tod von Ulrike Meinhof muß das Signal sein, in weiten Teilen der Arbeiterbewegung, in den Gewerkschaften und in den bürgerlichen Arbeiterparteien, SPD und DKP, den Ruf nach der Freiheit der Genossen der RAF zu verankern. Der Kampf für die Freiheit der Genossen der RAF muß Bestandteil der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung sein. Wir betrauern den Tod der Genossin Meinhof.

— Freiheit für die gefangenen Genossen der RAF!

— Freiheit für alle Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz!

beiterbewegung ist keineswegs nur eine defensive Frage der bürgerlich-demokratischen Rechte. Dieser Kampf ist ein Bestandteil der *Klassenmobilisierung* um die historischen Interessen des Proletariats. Unsere Betonung der „Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangenen Genossen“ (siehe unsere Flugblätter zur Verteidigung der RAF) und die stillschweigende Ablehnung dieser Forderung durch den Spartacusbund drücken folglich nicht eine taktische Differenz aus — sondern eine strategische. Der Spartacusbund will „am demokratischen Anspruch der Bourgeoisie“ (*Spartacus* Nr. 28) ansetzen, anstatt die Klassenlinie zu ziehen. Es ist kein Zufall, daß der Spartacusbund sich in dieser Frage in Solidarität mit der reformistischen SWP und der volkstümlichen KPD befindet.

Reaktionäre Schlußfolgerungen der Spartacusbund-Position

Der Demokratismus des Spartacusbundes in dieser Frage führt zu offen reaktionären Schlußfolgerungen, wenn er konsequent gemeint ist — was allerdings fraglich ist. So hat z.B. der Druck des portugiesischen Proletariats auf den bonapartistischen MFA zeitweise zur Befreiung aller linken politischen Gefangenen in Portugal geführt. Gleichzeitig wurden (wenn auch zaghaft) PIDE-Agenten verfolgt. „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ bedeutete in der Periode nach dem 25. April 1974 Freiheit für Caetano, Freiheit für PIDE-Schergen, Freiheit für Spinola- Putschisten. Nimmt der Spartacusbund sich ernst oder nicht? Was ist mit der „Klarheit seiner Argumentation“? Freiheit für PIDE-Agenten oder nicht? In Deutschland bedeutet sein „Ansetzen am demokratischen Anspruch der Bourgeoisie“ nicht nur Freiheit für die RAF-Genossen, sondern auch Freiheit für den Nazi-Mörder Rudolf Hess — nicht der unbekannteste politische Gefangene dieser Nation (und ein Mann, den der „demokratischen Anspruch“ der Bourgeoisie gerne befreien möchte). Freiheit für Weil, der aus politischen Motiven einen Anschlag auf einen russischen Rotarmisten am sowjetischen Ehrenmal in Westberlin ausübte? Auch unter extremreaktionären, bürgerlichen Regimen gibt es rechte politische Gefangene: in Nazi-Deutschland saßen oppositionelle Faschisten; unter Franco wurden zuweilen Scharen von Falangisten („linke“ Falangisten wie Hedilla, prodeutsche Interventionisten im II. Weltkrieg) verhaftet und eingesperrt. Und das „Indulto Insulto“ von Arias Navarro kam nicht zuletzt einer Handvoll von gefangenen „Christkönigskämpfern“ zugute, die ein bißchen zu weit in ihrem antiproletarischen Terror gegangen sind. Oder würde der Spartacusbund Eichmann gegen den bürgerlichen Staat Israel verteidigen? In Argentinien wäre diese Parole nicht nur ein Aufruf nach Freiheit für Isabella Peron (eine korrupte, wenn auch zuletzt machtlose Figur), sondern auch für Lopez Rega, Gönner der AAA (wenn es ihm nicht gelungen wäre, rechtzeitig seinen Wohnsitz nach Spanien zu verlegen).

Die revolutionären Klassenprinzipien unserer Politik

Wir rufen nicht den bürgerlichen Staat auf, für uns das Urteil des Proletariats auszusprechen und auszuüben. Aber wir fordern den bürgerlichen Staat durchaus auf, gegen ihre Agenten beispielsweise vorzugehen, wenn sie selbst gegen die „Spielregeln“ der bürgerlichen Demokratie verstoßen — wir sind durchaus für die Aburteilung von Nixon wegen Watergate (ein sehr „politisches Verbrechen“), wenn auch seine Klassenverbrechen gegen das Proletariat und das vietnamesische Volk auf andere Richter warten müssen. Und wenn ein Arbeitermörder wegen Fraktionsauseinanderset zungen in der Bourgeoisie im Gefängnis sitzt, fordern wir nicht seine Befreiung — obwohl ihre Verbrechen durchaus „politischen“ Charakter haben.

Unser Prinzip ist *Klassenverteidigung:* Wir kämpfen für das Proletariat und im Interesse des Proletariats. Dieses Prinzip schließt keineswegs aus, auch für die Befreiung von anderen Opfern reaktionären Terrors einzutreten: für liberale Priester und Intellektuelle in Spanien und Lateinamerika, für Regimekritiker in den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten — auch nichtsozialistische, sofern sie nicht für die bürgerliche Konterrevolution eintreten. Unser Prinzip der *politischen Klassenverteidigung* schließt auch nicht den Kampf für durchaus *unpolitische* Opfer eines Justizvergehens aus: z.B. für die schwarze Gefangene Joanne Little, des Mordes angeklagt, weil sie einen Gefängniswächter tötete, der sie vergewaltigt hatte (*Workers Vanguard* Nr. 75, 29. August 1975). Eine Verschiebung oder Änderung unserer Position darin zu sehen, die Losung „Freiheit für alle Opfer des reaktionären Terrors“ anstatt „Freiheit für alle Gefangenen der Arbeiterbewegung“ aufzustellen, wie es der Spartacusbund macht, ist folglich Hochstapelei. Beide Parolen, im Gegensatz zur „demokratischen“ Losung des Spartacusbundes, ziehen die Klassenlinie. Unsere Verteidigungspolitik geht aus von den Interessen des Proletariats: gegen bürgerliche Repression, bürgerliche Schikanerie, gegen die abgekarteten Spiele der bürgerlichen Klassenjustiz. Wir vertuschen nicht den Unterschied zwischen *bürgerlich-* demokratischen und proletarischen Forderungen.

Das Proletariat hat kein Interesse an der Befreiung von Nazi-Mördern, PIDE-Schergen und ihresgleichen — die aufgrund des Drucks des Proletariats und des zeitweiligen „demokratischen Anspruches“ der Bourgeoisie im Gefängnis landen können. Das Proletariat wird solche politischen Gefangenen nicht *befreien,* sondern sie seiner eigenen schnellen und strengen Klassenjustiz unterwerfen. ■

OTR-iST-Erklärung

Fortsetzung von Seite 16

Politik gegenüber der UP. Als Folge wurde diese Gruppierung sofort vom Zentralkomitee, das auf dem Gründungskongreß der PSR (Revolutionäre Sozialistische Partei) gewählt wurde, inmitten von Anschuldigungen, eine „ultralinke" Politik zu verfolgen, ausgeschlossen.

Die ausgeschlossene Tendenz, die die Revolutionäre Trotzkistische Organisation (OTR) wurde, besitzt eine zentrale Führung, zu der Gewerkschafter mit langjähriger Erfahrung bei der Führung der Kämpfe der chilenischen Bergarbeiter sowohl gegen die US-Monopole als auch gegen die staatlichen Agenten der chilenischen Bourgeoisie gehören. Nachdem sie mit der PS gebrochen hatten, riefen sie in den Parlamentswahlen im März 1973 zur Wahl der Volks- Sozialistischen Union (USOPO), einer Abspaltung von der PS, auf, ohne ihnen jedoch politisches Vertrauen zu schenken. Obwohl die Führer der USOPO reformistisch waren, waren sie gezwungen worden, mit der Volksfront aufgrund der linken Opposition unter den Kupferbergarbeitern (ihrer Basis) gegen die Volksfront zu brechen. Kurz vor dem Pinochet--Putsch führten die Führer der OTR einen Protestmarsch von Arbeitern in Santiago an, der forderte „Brecht mit der Bourgeoisie".

In der Folge schrieb die OTR in dem Dokument, „Eine politische Niederlage und die Notwendigkeit einer Bilanz", das von ihrem Kongreß im Oktober 1974 gebilligt wurde:

> „Den Charakter der UP reformistisch zu nennen, heißt, sich am begangenen Verrat mitschuldig zu machen... So muß die Liste der alten Volksfronten, die das Modell zum Verrat der Arbeiterklasse abgibt, um die der UP erweitert werden".

IV.

Zur Zeit der Zwangsheirat, durch die die PSR im November 1972 zustande kam, hatte die Tendenz, aus der die Revolutionäre Trotzkistische Organisation Chiles hervorging, bereits Erfahrung mit dem prinzipienlosen Manövrieren der konkurrierenden Fraktionen des VS. Im Exil kam die OTR in direkten Kontakt mit der Führung des VS. Obwohl sie zum „10. Weltkongreß" des VS eingeladen wurde, wurde sie davon informiert, daß keine Diskussion über Chile stattfinden würde! Das war nur logisch für eine Pseudointernationale, die 1971 das Allende-Regime formal als Volksfront einschätzte, während keine ihrer sympathisierenden Gruppen in Chile diese Position jemals vertrat; und schließlich nach dem Putsch 1973 die UP posthum rehabilitierte und ihr den Status „reformistisch" gab. Es war klar, daß jede ehrliche Bilanz der chilenischen Ereignisse nur in einer Verurteilung des VS-Opportunismus selber und des Versäumnisses, eine revolutionäre Opposition gegen die Klassenkollaboration zu organisieren, bestehen könnte.

Die OCI hatte, wie das VS, das Allende-Regime als Volksfront qualifiziert (obwohl sie nicht den entscheidenden Schritt machte und zum Wahlboykott *aller* Parteien der UP-Koalition aufrief), während ihre chilenischen Unterstützer sie nicht so charakterisierten. In Diskussionen mit der OCI verwarf die OTR aufs schärfste deren früheren Wahlaufruf für Mitterand (Kandidat der Volksfront „Union de la Gauche") in den französischen Präsidentschaftswahlen 1974 und bekämpfte die Schwanzpolitik, die die OCI gegenüber der portugiesischen PS betrieben hatte. 1971 schloß die POR von G. Lora, der Hauptverbündete der OCI in Lateinamerika, nachdem sie Wesentliches dazu beigetragen hat te, durch ihre kapitulantenhafte zentristische Politik die Chancen für eine bolivianische Revolution zuschanden zumachen, einen politischen Pakt mit dem inzwischen abgesetzten bolivianischen Ex-Präsidenten, General Torres, ab. Danach forderte die OCI, dieses Bündnis um die „antiimperialistische" Bourgeoisie auf den gesamten lateinamerikanischen Kontinent zu erweitern — eine lateinamerikanische Super-Kuomintang. Eine solch verräterische Politik demonstriert die Tendenzen dieser Pseudotrotzkisten zu einem ähnlich verhängnisvollen Verrat wie dem der chilenischen SP und KP.

Nachdem die OTR in Kontakt mit der internationalen Spartacist Tendenz (iSt) gekommen war, stellte die OTR eine grundlegende Übereinstimmung mit der konsequenten Klassenopposition der iSt zur Volksfront fest, die sich in Positionen niederschlug, die die iSt beim Höhepunkt von Allendes Popularität eingenommen hatte und die in gesammelten Artikeln in *Cuadernos Marxistas* Nr. 3 („Chile: Lecciones del Frente Popular") zum Ausdruck gebracht wurden. Diese anfängliche Übereinstimmung konnte dann auf das Verständnis der Natur Kubas als einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat ausgedehnt werden. Die Opportunisten des VS gründeten ihre Pseudointernationale auf der Grundlage der Kapitulation vor Castros Popularität unter kleinbürgerlichen Radikalen, indem sie Kuba als gesunden Arbeiterstaat bezeichneten, dem nur „die Formen" proletarischer Demokratie „fehlten". Im Gegensatz dazu hat der Vorläufer der Spartacist League/U.S., die Revolutionary Tendency (RT) der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) darauf bestanden, daß Kuba ein deformierter Arbeiterstaat wäre und daß die Arbeiterdemokratie nur das Resultat einer politischen Revolution, die von einer trotzkistischen Partei geführt wird, sein kann. Für die Verteidigung dieses marxistischen Programms wurde die RT von der SWP ausgeschlossen als Teil ihrer schnellen Degenerierung über Zentrismus zu einem kriecherischen sozialdemokratischen Reformismus. Die VS-Kapitulation vor dem Castroismus konnte durch eine Diskussion über die Geschichte der internationalen trotzkistischen Bewegung bis zum pabloistischen Liquidatorentum zurückverfolgt werden, welches die Vierte Internationale in den Jahren 1951-53 zerstörte.

V.

Zu den früheren politischen Positionen, die ein Erbe des Pabloismus sind und die die OTR überprüfen mußte, gehörte die Frage des Guerillakampfes als eine der schwierigsten. Noch in der TRO war die Tendenz, die die OTR wurde, stark guerilla-orientiert und beschuldigte die Führung der TRO, die Beschlüsse des „Neunten Weltkongresses" des VS über den „bewaffneten Kampf" in Lateinamerika nicht durchzuführen. Zwar verwarf die OTR die Konzeption des bäuerlichen „Focus"-Guerillakampfes, aber sie trat für einen Guerillakampf der Arbeiter ein.

In Diskussionen mit der iSt ist die OTR zu dem Schluß gekommen, daß Marxisten die Guerillastrategie bekämpfen müssen. Wie die Revolutionary Tendency 1963 feststellte: „Die Ereignisse seit dem Zweiten Weltkrieg haben bewiesen, daß ein Guerilla-Krieg mit bäuerlicher Basis und kleinbürgerlicher Führung als optimalen Ausgang nur ein antiproletarisches, bürokratisches Regime hervorbringen kann" („Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale"). Darüberhinaus steht die Guerillastrategie der proletarischen Revolution feindlich gegenüber, ganz gleich ob in ländlichen oder städtischen (Tupamaros) Formen, ob als Guevarismus, maoistischer „Volkskrieg" oder in einer „trotzkistischen" Verkleidung (wie im Fall der argentinischen PRT/ERP), und sie führt unvermeidlich zu - oder ist die Widerspiegelung -

der stalinistischen „zwei Etappen"-Konzeptionen, wenn nicht geradewegs kleinbürgerlicher Nationalismus.

Das Proletariat kann einen Guerillakrieg *nicht* tragen, denn das Konzept selbst impliziert die Abwesenheit einer revolutionären Situation und die Art des unkonventionellen Kampfes, die die Fähigkeit des schnellen Rückzuges erfordert. Zusätzlich zu seinem klaren Klasseninteresse ist es die *Organisiertheit* des Proletariats, die ihm die politische Überlegenheit über die atomisierten Bauernschaft gibt. Diese Organisierung ist das Resultat der Stellung der Arbeiterklasse in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft; sich in die Berge zurückzuziehen, hieße möglicherweise die Klasse oder den Klassencharakter ihrer Avantgarde zu zerstören.

Es gibt keine bessere Illustration von der Impotenz der Guerillastrategie angesichts der gemeinsamen Offensive durch die Bourgeoisie als die kürzliche Niederlage in Argentinien. Zwar ist der Guerillakampf (sowohl der städtische als auch der ländliche) weiter verbreitet, besser finanziert und ausgerüstet, von längerer Lebensdauer und weist unterschiedlichere Varianten auf als sonstwo in Lateinamerika, aber keine der Guerillagruppen konnte auch nur einen Finger gegen den Videla-Putsch heben oder den berüchtigten Todeskommandos der AAA, die Tausende von Linken und Arbeiterführern in den letzten drei Jahren ungestraft ermordeten, Einhalt gebieten.

Die revolutionäre Partei muß natürlich in der Organisierung der Selbstverteidigung der arbeitenden Massen eine aktive Rolle spielen und die Taktik des Guerillakampfes ist oft lebensnotwendig als eine untergeordnete Taktik des Bürgerkrieges. Das Proletariat kann aber nur durch den Aufstand der Massen gegen den bürgerlichen Staat die Macht erobern; die zentrale militärische Organisation des Aufstandes muß die Waffe der organisierten Massen der Arbeiterklasse sein, geführt von der leninistischen Avantgardepartei.

VI.

In Lateinamerika hat die vom Castroismus inspirierte Guerillastrategie eine Generation von subjektiv revolutionären Militanten von einer Niederlage zur anderen geführt, mit dem Resultat, daß viele der ergebensten und mutigsten Kämpfer sinnlos ermordet worden sind. In zahlreichen Ländern sind Tausende von aktiven Kämpfern durch den trotzkistischen Anspruch der Pabloisten und anderer Revisionisten zur bitteren Kapitulation vor nichtproletarischen Führungen getrieben worden.

Wir weisen die Ansprüche der verschiedenen internationalen Gruppierungen, als die Vierte Internationale aufzutreten und sowohl organisatorisch als auch politisch die Kontinuität der revolutionären Organisation, die von Leo Trotzki 1938 gegründet wurde, zu sein, zurück. Die chilenische Erfahrung hat erneut den Bankrott dieser pseudotrotzkistischen Betrüger demonstriert. Diejenigen, welche der Volksfront von Allende 1970-73 eine linke Deckung gaben, schufen nur ein Jahr später Illusionen in den portugiesischen MFA und/oder in seine SP- und KP-Kollaborateure. Nachdem das VS eine zentrale Rolle bei der Schaffung des MIR gespielt hatte, um dann kurz danach von seiner Schöpfung ausgeschlossen zu werden, wiederholte es diesen unheilvollen Kurs mit dem Zusammenbruch der guerillieristischen argentinischen PRT/ERP, wobei es gleichzeitig Beziehungen zur sozialdemokratischen PST, die politisch die peronistische Regierung unterstützte, aufrechterhielt. Nur eine authentische trotzkistische Internationale, die sich fest auf die Theorie der permanenten Revolution stützt und die alles daran setzt, um die Autorität aller reformistischen und zentristischen Irreführer der Arbeiterklasse zu zerstören, kann die Krise der proletarischen Führung lösen.

Angesichts der zahlreichen subjektiv revolutionären Kämpfer, die sich aktuell in den Reihen der verschiedenen vorgeblich revolutionären Organisationen befinden, und der zentralen Bedeutung der politischen Zerstörung des Pabloismus auf Weltebene sind die Revolutionäre Trotzkistische Organisation und die internationale Spartacist Tendenz in dieser Erklärung brüderlicher Beziehungen übereingekommen, gemeinsame Arbeit für die Wiedergeburt der Vierten Internationale in Angriff zu nehmen. Wir versuchen, die Vierte Internationale wieder neu zu schmieden, indem wir durch einen Prozeß der revolutionären Umgruppierung die besten Kader und Militanten gewinnen. Auf der Grundlage der oben genannten Punkte und der Übereinstimmung mit der Grundsatzerklärung der Spartacist League/U.S., die in der Folge von der iSt angenommen wurde, wollen die an dieser Erklärung Beteiligten die Vereinigung der Revolutionären Trotzkistischen Organisation Chiles mit der internationalen Spartacist Tendenz erreichen, und dies wird schließlich ein großer Schritt vorwärts sein zum Aufbau der Internationalen Trotzkistischen Liga auf Weltebene.

17. Mai 1976

Kommunistische Korrespondenz



Erklärung brüderlicher Beziehungen zwischen der internationalen Spartacist Tendenz und der Organización Trotskista Revolucionaria Chiles

I.

Die Ereignisse in Chile von 1970 bis 1973 stellten und stellen weiterhin den grundlegenden Test für die revolutionäre Fähigkeit all derjenigen dar, die behaupten, für die historischen Interessen der Arbeiterklasse einzutreten. Die selbsternannten Sozialisten, die die ausgebeuteten Massen durch die Koalition der Volksfront (UP) an die „konstitutionalistischen" Offiziere und die „anti-imperialistische" Bourgeoisie banden, betätigten sich als Bremsklotz der Revolution und wurden deshalb Komplizen der Konterrevolution. Die erste Aufgabe bestünde für diejenigen, die den proletarischen Aufstand vorbereiten wollen, um den bürgerlichen Staat hinwegzufegen, heute in Händen der blutigen Pinochet-Diktatur, darin, die Lehren aus der Volksfront von Allende zu ziehen. Nur so können die Massen von den verräterischen reformistischen und zentristischen Irreführern, die dem Putsch vom 11. September 1973 den Weg bereiteten, losgerissen werden. Damals wurde die bürgerliche Volksfront durch eine andere Form kapitalistischer Herrschaft, einer bonapartistischen Militärjunta, ersetzt, die zwischen den Fraktionen und Cliquen der mittleren und Großbourgeoisie hin und her schwankt, wobei dies den Druck der größeren imperialistischen Mächte widerspiegelt.
Schon Ende 1970 warnte die Spartacist Tendenz:

> „Es ist die elementarste Pflicht für revolutionäre Marxisten, sich bei den Wahlen unversöhnlich gegen die Volksfront zu wenden und absolut kein Vertrauen in sie zu setzen, wenn sie an der Macht ist. Jede ‚kritische Unterstützung' für die Allende-Koalition ist Klassenverrat und bereitet eine blutige Niederlage für die Arbeiterklasse vor, wenn die nationale Reaktion, unterstützt vom internationalen Imperialismus, bereit ist."

Tragischerweise gab es keine trotzkistische Partei in Chile, die die Arbeiter um das marxistische Programm der Klassenunabhängigkeit gruppiert hätte; die Warnungen des *Spartacist* erwiesen sich als allzu richtig.

II.

Wie Trotzki im Jahre 1937 bemerkte: „Tatsächlich ist die Volksfront die *Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie* für diese Epoche. Sie bietet ebenso das beste Kriterium für den Unterschied zwischen Bolschewismus und Menschewismus."

Die größte vorgeblich revolutionäre Organisation, der MIR — Bewegung der Revolutionären Linken —, der sich formal außerhalb der UP-Koalition befand, war unfähig, eine Klassenopposition zur Volksfront zu stellen. Während der MIR eine Schicht von militanten Jugendlichen hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum an sich zog und zeitweilig die KP kritisierte, brach er niemals mit der Volksfront. Nach den September-Wahlen 1970 rief er die Massen auf, Allende zu unterstützen; heute ist der MIR Teil der Volksfront im Exil, wobei er versucht, die klassenkollaborationistische Koalition durch Einbeziehung der Christdemokraten zu „erweitern". Der individuelle Heroismus vieler MIR-Militanten kann den politischen Bankrott dieser chilenischen Castroisten, die linke Deckung der Volksfront, nicht verdecken.

Ebenso wenig konnten die chilenischen Ableger der verschiedenen selbsternannten „Vierten Internationalen" eine trotzkistische Politik der unversöhnlichen Feindschaft der Volksfrontpolitik gegenüberstellen. Die Sympathisanten des „Vereinigten" Sekretariats (VS) waren entweder durch einen ständig praktizierten „tiefen Entrismus" in der Sozialistischen Partei versunken (dem traditionellen Friedhof für Pseudotrotzkisten in Chile) oder biederten sich dem MIR kriecherisch an. (Tatsächlich spielte das VS eine zentrale Rolle bei der Schaffung des MIR, doch das hinderte die Castroisten nicht daran, sie zwei Jahre später wegen „Trotzkismus" en bloc auszuschließen. Das ist der Lohn des Opportunismus!) Die Unterstützer des VS bezeichneten die bürgerlichen Elemente der UP als irrelevant, gaben dem Allende-Regime mit dem Etikett „reformistisch" ein Alibi und forderten es auf, sein eigenes bürgerliches Programm durchzuführen.

Was die beiden chilenischen Gruppen betrifft, die dem „Organisationskomitee zum Wiederaufbau der Vierten Internationale", das von der französischen OCI geführt wird, angehören, so hat keine der beiden Gruppen die UP bis zum Pinochet-Putsch als Volksfront bezeichnet; und die winzige posadistische Gruppe betrachtete das Allende-Regime als „revolutionäre Regierung", eine Kategorie, in die sie auch die Militärjuntas in Peru und Panama einschließt.

III.

Einige Militante in Chile haben jedoch versucht, eine Opposition gegen die Klassenkollaboration der zwei vorherrschenden reformistischen — oder wie Lenin sagte — bürgerlichen Arbeiterparteien (Kommunisten und Sozialisten) zu entfalten. Ende 1972 weigerten sich Elemente der TRO (Revolutionäre Oktober-Tendenz, die mit der reformistischen internationalen Minderheit des VS verbunden war), eine Fusion mit der FRT (Revolutionäre Trotzkistische Front, von L. Vitale geführt und mit der zentristischen VS- Mehrheit verbündet) mitzumachen und zwar wegen nicht gelöster (ja noch nicht einmal diskutierter) Differenzen über Kuba und den Guerillakampf sowie des Mangels einer revolutionären

Fortgesetzt auf Seit 14